

# Wildtierschutz oder Freigang für Hunde

In den Langen Erlen haben Wildtiere auch Rechte – zumindest steht das so im Nutzungsplan

Von Mischa Hauswirth

**Basel.** Rund 10000 Hundebesitzer verlangen vom Regierungsrat, in den Langen Erlen entlang des Flusses Wiese keinen Leinenzwang einzuführen, wie es im neuen Jagdgesetz geplant ist (BaZ berichtete). Ihre Argumente: Selbstverantwortung und gegenseitige Rücksichtnahme führen zu vernachlässigbaren Konflikten mit der Natur.

Die Frage, was die Langen Erlen in Zukunft sein wollen, beschäftigt die Planer schon länger. 2011 war im Planungsamt des Baudepartements bereits klar, dass es ein Nutzungskonzept braucht. Der Grund dafür: Besucherandrang. Zwar gibt es keine offiziellen Zahlen, wie viele Hündler, Biker, Jogger oder Spaziergänger sich jedes Jahr im grössten Landschaftspark des Kantons aufhalten, doch gerade bei schönem und warmem Wetter steigt die Zahl auf über 10000 Menschen pro Tag. Und natürlich kommt es bei einer solch hohen Menschendichte zu Konflikten. 2011 war auch der Moment, als die Behörden die Idee an die Öffentlichkeit trugen, Parkranger einzuführen, dies als Reaktion auf Reklamationen über nächtliche Ruhestörungen im Gebiet mit wilden Partys, Littering oder Sauforgien.

## Keine Schonzeit am Wasser

Seit 2008 besteht der Volksauftrag, einen Landschaftspark zu schaffen und verbindliche Rechte zu installieren – auch für die Tiere und Pflanzen, die darin leben. Genau dieses Recht muss der Regierungsrat nun beurteilen, wenn es darum geht, den Hundehaltern die Leinenpflicht zu ersparen und damit Hundeeigenschaften höher zu gewichten als jene von Wildtieren.

Orientierungspunkte findet der Regierungsrat zudem in der 2014 vom Kanton veröffentlichten Zwischenbilanz auf dem Weg zum «Landschaftspark Wiese». Dort werden Begriffe wie «Grünraum», «Flussaue» und «Stadt-oase» genannt. Zudem ist festgehalten, dass das rund 600 Hektaren umfassende Naherholungsgebiet «ein zentra-



**Einseitige Freude.** Frei laufende Hunde mögen ihre Besitzer toll finden, Wildtiere aber flüchten vor ihnen. Foto Martin Regenass

ler Lebensraum für Tiere und Pflanzen» darstellt. Natur, Trinkwassergewinnung und Erholung sind als die drei Eckpunkte der künftigen Nutzung genannt.

Die Zone, welche die Hundehalter für sich beanspruchen, befindet sich unmittelbar am Wasser. Dort wollen sie auch während der Schon- und Setzzeit von April bis Juli keine solche Schonzeit, wie sie etwa im deutschen Teil der Langen Erlen oder im Landschaftsraum Moostal oder in den Wäldern von Riehen und Bettingen seit Jahren gilt. Die behördliche Arbeitsgruppe Landschaftspark Wiese hat jedoch 2014 ausdrücklich den Erhalt und die Aufwertung von wertvollen Lebensräumen im Sinne des Biotop- und Artenschutzes sowie die Förderung von heimischen Arten als Ziele festgehalten.

## Chancen für den Feldhasen

Im Aufwertungskonzept für die Langen Erlen aus dem Jahr 2010, ebenfalls als Leitfaden für die regierungsrätliche Politik entworfen, finden sich zudem

mehrere «spezifische Artenschutzmassnahmen». Der Feldhase und die Feldlerche wären zwei solche schützenswerte Arten. Während die Feldlerche wegen fehlenden Lebensräumen als unwiderrüchlich verschwundene Art gilt, hätte der Feldhase zumindest theoretisch noch Chancen.

«Für den Feldhasen existieren noch geeignete Lebensräume», schrieben die Autoren der Studie damals. «Hier ist jedoch die Störung durch Spaziergänger und insbesondere Hunde der entscheidende Faktor für eine stabile Population.» Die Empfehlung: Die Problematik frei laufender Hunde müsse geklärt werden, bevor erfolgversprechende Massnahmen zur Förderung des Feldhasen umgesetzt werden könnten. In Riehen sind regelmässige Feldhasensichtungen aus dem Moostal bekannt. Interessanterweise sprach sich die Gemeinde bereits für eine Leinenpflicht aus.

Offen ist auch, wie sich die Befreiung vom Leinenzwang auf die Population der Wasservogel oder Fische auswirkt.

Der Eisvogel wird entlang der Wiese beobachtet, in den Hecken entlang der Wiesen- und Feldabschnitte wurden Neuntöter, Dorngrasmücke, Sumpfrohrsänger, Orpheusspötter, Fitis und Pirol gesehen. Auch der Gelbspötter wurde in der Wiese-Ebene während der Brutzeit beobachtet. Und von den verschiedenen Aufwertungsmaßnahmen in den Familiengärten und Streuobstwiesen konnten Gartenrotschwanz, Wendehals, Steinkauz, Kleinspecht und der Feldsperling profitieren.

## Trinkwasserzone schützen

Würde der Kanton eine allfällige Entbindung von der Leinenpflicht beschliessen – was würde das für den Abschnitt bedeuten, der im Hoheitsgebiet der Gemeinde Riehen liegt? Diese hat die Debatte um den Leinenzwang bereits geführt und sich entschieden, dass während der Brut- und Setzzeit die Hunde an die Leine gehören. Überall.

Bei der Hundefrage geht es nicht nur um die Tier- und Pflanzenarten oder die Menschen, die sich durch die frei herumspringenden Hunde gestört fühlen. Es hat auch hygienische Folgen und führt zu Verärgerung bei den Landwirten. Diese sehen sich als betroffen, wenn Spaziergänger mit Hunden Äste oder Steine für ihre Hunde ins Feld werfen und diese dann die Maschinen kaputt machen. Zudem befinden sich die Ausscheidungen, welche die Hunde hinterlassen und herumliegen, und der Urin in einem Gebiet, das für die Trinkwassergewinnung wichtig ist. Die Ornithologen empfehlen zudem schon seit längerer Zeit, den Schutz für die Vögel auszubreiten, das würde aber nicht nur die Hundehalter in die Pflicht nehmen, sondern würde auch griffige Massnahmen für Katzenhalter nach sich ziehen.

Voraussichtlich wird sich die Regierung im Januar zur Petition der Leinenzwanggegner entscheiden. Wie sie ein allfälliges Ja begründet, ohne sich und ihre Ziele selber ad absurdum zu führen, wird interessant sein. Auch warum es eine Ausnahmeregelung geben soll, während Baselland die Leinenpflicht bereits flächendeckend umgesetzt hat.

# Reduktionsziel wird aufgegeben

Verkehr soll nicht schrumpfen

**Basel.** Die Verkehrs-Initiative des Basler Gewerbeverbands erhält einen Gegenvorschlag. «Zämme fahre mir besser!» geht der Basler Regierung zu weit, weil die Initiative Fussgänger, Velofahrer und den ÖV gegenüber dem Autoverkehr nicht mehr wie heute bevorzugen will. Die Volksinitiative verlangt die Gleichbehandlung sämtlicher Verkehrsträger. Dennoch will die Regierung einige Punkte der Initiative erfüllen, wie sie gestern mitteilte. So anerkenne sie, dass bestehende Formulierungen im Umweltschutzgesetz nicht gänzlich umsetzbar seien. Der Gegenvorschlag sieht unter anderem eine Anpassung des umstrittenen Ziels vor, den privaten Motorfahrzeugverkehr bis 2020 auf dem Stadtstrassennetz um zehn Prozent zu reduzieren. Dieses Ziel geht aus dem 2010 vom Volk angenommenen Gegenvorschlag zur Städte-Initiative hervor.

## Autobahnen ausgenommen

Davon will sich die Basler Regierung jetzt verabschieden, indem sie das Reduktionsziel streicht. Nimmt das Volk die Initiative «Zämme fahre mir besser!» an, soll der Autoverkehr ab Inkrafttreten des Gesetzes in der Stadt nicht mehr weiter wachsen dürfen. Der Individualverkehr muss auf demselben Niveau bleiben, auch wenn die Bevölkerung und die Wirtschaft des Stadtkantons weiter wachsen. Davon ausgenommen seien die Autobahnen, wie Martin Dolleschel vom Amt für Mobilität auf Anfrage sagt. Trotz zahlreichen, zum Teil umstrittenen Massnahmen dürfte es der Basler Regierung nicht gelingen, den motorisierten Verkehr bis 2020 um zehn Prozent zu reduzieren. Aktuell sei man bei rund fünf Prozent weniger gegenüber 2010, sagt Dolleschel.

Stephanie Fuchs, Geschäftsführerin des VCS beider Basel, ist enttäuscht: «Die Regierung hat bisher kaum etwas getan, um das Gesetz umzusetzen, und will es nun kurzerhand ändern.» Für FDP-Grossrat und TCS-beider-Basel-Präsident Christophe Haller ist es ein Schritt in die richtige Richtung. «Die Bevölkerung wächst stetig. Damit einher geht auch eine Steigerung des Motorisierungsgrads.» amu/mar

# Zwei neue Medienprojekte

Buhlen um Stiftungsgelder

**Basel.** Als die Stiftung für Medienvielfalt vor gut einem Monat vermeldete, dass die TagesWoche eingestellt werde, was inzwischen geschehen ist, teilte sie ebenfalls mit, im Jahr 2019 ein neues Medienprodukt lancieren zu wollen.

Inzwischen ist von zwei Gruppierungen die Rede, die um Stiftungsgelder buhlen. Gemäss dem Medienmagazin *Edito* handelt es sich einerseits um ein Team um die ehemalige TagesWoche-Geschäftsführerin Sibylle Schürch und andererseits um Schriftsteller und «Rettet Basel!»-Mitinitiant Guy Krneta, der mit Matthias Zehnder, dem ehemaligen Chefredaktor der *Basellandschaftlichen Zeitung*, und Hansi Voigt, dem ehemaligen Chef des Onlineportals *Watson*, in Kontakt getreten ist. «Matthias Zehnder und ich wurden von Guy Krneta angefragt und arbeiten nun an einem Konzept», sagte Voigt zu *Edito*. Es handle sich um ein Onlineportal mit Basler Blick, das durch Austausch von Inhalten mit anderen regionalen Plattformen ein breites Portal werden soll. Das Projekt soll vor allem mit Stiftungsgeldern finanziert werden.

## Kein Zusammengehen

Sibylle Schürch schwebt ein Medium – ob online oder gedruckt – vor, das «Slow Food statt Fast Food» serviert, sagte sie gestern zum «Regionaljournal Basel». «Wir möchten einen Journalismus, der auf Werten basiert und Werte verkauft.» Die Finanzierung soll – wie schon bei der *TagesWoche* – über Stiftungsgelder, Werbung und Abonnementsverkäufe geschehen.

Obschon beide Gruppierungen politisch eher links stehen, kommt für Schürch kein Zusammengehen infrage: «Das ist, als frage man, ob der FCB mit dem FCZ fusionieren möchte.» bei

# Spitalfusion – ja, aber ...

An einem Podium kreuzten Befürworter und Gegner der Spitalzusammenführung die Klängen

Von Alex Reichmuth

**Basel.** «Spitalfusion, aber wie?», so lautete der Titel einer Werkstatt-Veranstaltung der Handelskammer beider Basel im Kino Pathé Küchlin. Diese Überschrift traf am Ende das Fazit dieses Abends durchaus: Die Teilnehmer eines Podiums waren sich zwar einig, dass es eine Fusion des Unispitals Basel und des Kantonsspitals Baselland braucht, aber uneinig, in welcher Form der Zusammenschluss erfolgen soll.

Zuerst aber erläuterten die beiden Gesundheitsdirektoren von Basel-Stadt und Baselland, Lukas Engelberger und Thomas Weber, die geplante Fusion zu dem Universitätsspital Nordwest. Die Gesundheitsversorgung optimieren, den Kostenwachstum dämpfen und die Hochschulmedizin sichern, lauten die Ziele dieser Fusion. Dank der Spitalzusammenführung sollen jährlich 70 Millionen Franken eingespart werden, was insbesondere über den Abbau von Doppelspurigkeiten erfolgen soll. Auch sollen ambulante und stationäre Eingriffe entflechtet werden. Entsprechend wird das heutige Bruderholzspital zu einer Tagesklinik umfunktioniert, und das Spital Laufen zu einem Gesundheitszentrum zurückgestuft. Nur gemeinsam könnten die notwendigen Investitionen gestemmt und die notwendigen Fallzahlen gesichert werden, die für ein Universitätsspital nötig sind, betonten die beiden Regierungsräte Weber und Engelberger. Am 10. Februar entscheiden die Stimmbürger beider Kantone darüber.

## «Jedem Standort seine Aufgabe»

Die anschliessende Podiumsdiskussion verlief angeregt. Robert-Jan Bumbacher, Verwaltungsratspräsident des Universitätsspitals Basel, ver-



**Doppelspurigkeiten eliminieren.** Die Regierungsräte Thomas Weber (l.) und Lukas Engelberger informieren über die Spitalfusion. Foto Florian Bärtschiger

teidigte die vorgesehene Fusion engagiert. Der Gesundheitsmarkt verändere sich dramatisch schnell, und nur mit dem Zusammenschluss sei es möglich, die Kosten genügend zu senken. Die vier Standorte beizubehalten, sei richtig, denn entscheidend sei eine klare Aufgabenteilung. «Jedem Standort wird künftig sauber seine Aufgabe zuteilt», so Bumbacher.

Skeptisch, was die Sparziele des neuen Unispitals Nordwest angeht, zeigte sich Stefan Felder, Professor für Gesundheitsökonomie an der Universität Basel. Bei einer so grossen Fusion wie der zum Unispital Nordwest müssten eigentlich mehr als 70 Millionen Einsparungen drin liegen. Dieser Betrag entspreche weniger als fünf Prozent der Gesamtkosten und werde

durch das Kostenwachstum im Gesundheitswesen in einem einzigen Jahr wettgemacht, sagte Felder. Doch es sei fraglich, ob man mit dem geplanten Vorgehen bei der Spitalfusion die vorhandenen Doppelspurigkeiten wirklich eliminieren könne. Es sei ja zugesagt, dass kein Personal abgebaut werde. «Wie soll das gehen?»

## Zu viele Nachteile

«Unsere Kritik wurde nicht aufgenommen», begründete Stephan Bachmann, Präsident der Basler Privatspitäler, das Nein der vierzehn Privatspital-Direktoren zur Fusion. Es gebe in den beiden Staatsverträgen, über die an der Urne entschieden wird, zu viele Punkte, die nachteilig für die Privatspitäler seien. Die Aufgaben der Kantone als

Eigner und Regulatoren seien nicht entflochten. Wenn wie geplant alle vier Standorte des Unispitals Nordwest beibehalten würden, sei keine Dämpfung der Kostenentwicklung zu erwarten.

Die Ärzte hätten zwar schon lange den Zusammenschluss der Spitäler von Basel-Stadt und Baselland gefordert, meinte Tobias Eichenberger, Präsident der Ärztesellschaft Baselland. Dennoch habe man nun Stimmfreigabe beschlossen. Denn die frühere Fusion der Spitäler Liestal, Bruderholz und Laufen zum Kantonsspital Baselland sei im Grunde gescheitert, aber dennoch sollten jene ineffizienten Strukturen nun ins neue Unispital Nordwest übernommen werden. Besser sei es, ein gemeinsames Spital mit nur einem Standort im Gebiet Muttentz/Pratteln vorzusehen. Dieser Idee widersprach Regierungsrat Thomas Weber postwendend: Die Planung und der Bau eines neuen Spitals auf der grünen Wiese dauere viel zu lange. Es brauche jetzt Sicherheit.

## Drei Viertel stimmen Ja

Simone Abt als Vertreterin der Patientengruppe Basel bezeichnete die geplante Fusion als tendenziell positiv. Allerdings dürften die Einsparungen nicht auf Kosten des Personals erfolgen. Auch Thomas Hafen, Chef des Unternehmens Bühmann Laboratories, sprach sich für die Fusion aus, zeigte sich aber «konsterniert» über das viele «Klein-Klein» in der Diskussion. «Es gilt jetzt, die Spitäler zusammenzuführen, die Kräfte zu bündeln und dann zu schauen, wie es weitergeht.»

Zum Schluss wurde unter den mehreren Hundert Zuschauern eine Ad-hoc-Umfrage durchgeführt. Das Resultat: Rund drei Viertel der Anwesenden plädierten für ein Ja zu Spitalfusion.